**Wählen Sie nur Kandidatinnen und Kandidaten, die sich für ein Europa mit Vorrang für soziale Rechte einsetzen:**

* **Besseres** **Sozialsystem**: Einführung sozialer Mindeststandards (insbes. Krankenversicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Mindestlohn);
* **Schutz von Arbeitsrechten**: Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit am gleichen Arbeitsort, Verbot von grenzüberschreitendem Lohndumping und Bekämpfung von Umgehungsformen (z. B. Fernfahrer, Werkverträge, Scheinselbständigkeit, Plattformarbeit), Rechte der Gewerkschaften stärken,
* **Verbindliche Regelungen für Unternehmen** zur Beachtung von Arbeits- und Menschenrechten sowie des Umweltschutzes auch in den Ländern des globalen Südens,
* **Schluss mit Privatisierung von Gemeingütern**: Öffnung für eine Rekommunalisierung oder Rückverstaatlichung aller Bereiche der Daseinsvorsorge, insbesondere in den Bereichen Gesundheitswesen, Pflege, Bildung, Verkehr, Wasser, Abfallentsorgung und Energieversorgung;
* **Steuerreform zugunsten der Allgemeinheit**: Einführung einer Mindestbesteuerung auf Unternehmensgewinne, die Verhinderung von Gewinntransfers in Steueroasen, die Verhinderung des Steuerwettbewerbs zwischen den europäischen Staaten und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer;
* **Aufhebung des EU-Fiskalpaktes und Abschaffung der Schuldenbremse** für Investitionen in die Zukunft, insbesondere für Investitionen in die Infrastruktur, in die Daseinsvorsorge und die Bildung, mit dem Ziel staatliche Investitionen an die Stelle von PPP-Projekten mit garantierten Gewinnen für Privatinvestoren zu setzen.

**Europa-Wahlen 2019**

**Wohin mit der EU?**

**Nur eine soziale und solidarische**

**Europäische Union ist zukunftsfähig!**





Im Mai 2019 wird das **Parlament der Europäischen Union** gewählt – die einzige demokratische Institution in Brüssel. Und obwohl die Politik der EU oft weit weg von unserem Alltag zu sein scheint, hat sie doch erhebliche **Auswirkungen auf unser Leben** – sowohl **positive** als auch **negative**!

Im Folgenden sind die wichtigsten Informationen für den Wahltag!

**Die zwei Gesichter der Europäischen Union**

Die Europäische Union hat Bürgerinnen und Bürgern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der Umwelt einige **Vorteile** gebracht wie die Gleichbehandlung von Teilzeitbeschäftigten und die Anerkennung von

Bereitschaftszeiten als Arbeitszeit, im Datenschutz (Datenschutzgrundverordnung) und Verbraucherschutz (Telefontarife), im Umweltschutz die Chemikalienverordnung REACH, im Naturschutz die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie.



Die Politik der EU hat den EU-Bürger jedoch nicht nur Vorteile gebracht, sondern auch **negative Konsequenzen**:

* Der Druck auf die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, wie öffentlicher Nahverkehr, Energieversorgung
* eine Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist kaum möglich,

**attac Berlin | AG Gerechter Welthandel | nottip-berlin@attacberlin.de | www.attacberlin.de  
Treffen: jeden 2. und 4. Dienstag im Monat | 19:30 Uhr | attac-Treff: Grünberger Str. 24, 10243 Berlin**

* Einschränkung des Streikrechts und der Flächentarifverträge,
* zusätzlich wurden in den wirtschaftlich schwachen Ländern (Irland, Spanien, Portugal, Griechenland) auch Sozialleistungen und Arbeitnehmerrechten stärker abgebaut als bei uns,
* Standortkonkurrenz zwischen den Ländern, Lohndumping und des Sozialleistungsdumping wurden gefördert,
* Unternehmerinteressen haben in Investitions- und Handelsverträgen (wie TTIP, CETA, JEFTA) nach wie vor Vorrang vor Menschenrechten, die bestenfalls unverbindlich genannt sind. Schiedsverfahren gibt es nur für Investoren,
* die Länder in Afrika werden durch Handelsverträge mit der EU ausgebeutet, den Menschen in Afrika wird eine eigene Entwicklung verwehrt und Fluchtursachen nicht bekämpft sondern täglich neu geschaffen, Zäune und Militär in der Südsahara sind kein Ersatz für eine Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern.
* die kommunale Daseinsvorsorge und das europäische Vorsorgeprinzip werden durch alle neuen Handelsverträge gefährdet;
* Steuerflucht von Unternehmen wird nicht bekämpft, es gibt keine Unternehmensmindestbesteuerung, Steueroasen, auch in der EU selbst (Niederlande, Irland, Zypern) werden geduldet, es gibt keine Besteuerung am Ort der Wertschöpfung und keine Finanz-transaktionssteuer.

**Wir fordern deshalb ein demokratisches, solidarisches und soziales Europa - ein Europa für die Menschen!**